

Bekanntmachung der Richtlinien über die Gewährung kommunaler Finanzhilfen bei Elementarschäden vom 24.11.1972; geändert durch Beschluss vom 29.10.2001

Die Gemeinde gewährt nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel natürlichen Personen, die ihren Hauptwohnsitz in der Gemeinde haben, Finanzhilfen zur Minderung außergewöhnlicher Notlagen für durch Elementarereignisse entstandene Vermögensschäden. Für die Bewilligung gelten die folgenden Richtlinien:

1. Finanzhilfen werden für Schäden gewährt, die durch Elementarereignisse (z. B. Hochwasser, Unwetter) größeren Umfangs entstanden sind.
2. Finanzhilfen werden nur gewährt, soweit
 - a) das Land oder der Landkreis für dasselbe Elementarereignis nicht bereits Finanzhilfen leisten oder
 - b) die Schäden nicht durch Spenden und sonstige Hilfen Dritter abgedeckt werden.Finanzhilfen werden nicht für Schäden gewährt, zu deren Behebung ein Versicherungsschutz möglich ist.
3. Die Finanzhilfen der Gemeinde sind Billigungsmaßnahmen; ein Rechtsanspruch auf die Gewährung besteht nicht. Sie werden in allen Fällen unter Abwägung aller in Betracht zu ziehenden Umstände des Einzelfalles bemessen.
4. Die Finanzhilfen können zur Behebung von Schäden an land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, an Betrieben der gewerblichen Wirtschaft sowie an Gebäuden und Hausrat bei sonstigen Privatgeschädigten gewährt werden.
5. Die Gewährung der Finanzhilfe setzt voraus, dass der Geschädigte unverschuldet in eine außergewöhnliche Notlage geraten ist. Dies ist regelmäßig nur anzunehmen, wenn
 - a) im Bereich der Land- und Forstwirtschaft die durch das Schadensereignis verursachten Schäden in einem hauptberuflich bewirtschafteten Betrieb die persönliche Lebensgrundlage des Geschädigten dadurch gefährden, dass die verfügbaren eigenen Mittel oder eine zumutbare Darlehensaufnahme nicht ausreichen, um die nachhaltige Kostendeckung des Betriebs wiederherzustellen;
 - b) im Bereich der gewerblichen Wirtschaft durch Schäden an Gebäuden, Maschinen, sonstigen Anlagen oder Lagerbeständen die nachhaltige Kostendeckung eines Betriebes auch unter Berücksichtigung der vorhandenen Eigenmittel und zumutbaren Darlehensaufnahmen nicht wiederhergestellt werden kann;
 - c) bei Privatgeschädigten an Gebäuden und notwendigem Hausrat entstanden sind, deren Beseitigung dem Eigentümer unter Berücksichtigung seines Vermögens, des tatsächlichen verfügbaren Familieneinkommens und der Familienverhältnisse aus eigener Kraft in absehbarer Zeit nicht mehr zumutbar ist.
6. Schäden durch Feuer und Hagel bleiben unberücksichtigt. Das gleiche gilt für Schäden an Luxusgegenständen und anderen Gegenständen, die ohne unzumutbaren Aufwand aus dem gefährdeten Bereich gebracht werden können.

7. Schäden, die den Betrag von 500,00 Euro im Einzelfall nicht übersteigen, können im allgemeinen nicht berücksichtigt werden. In Fällen besonderer Härte, insbesondere bei außergewöhnlich niedrigem Einkommen, können Finanzhilfen auch für diese Schäden gewährt werden.

8. Die Finanzhilfen können bei Schäden im Bereich der Land- und Forstwirtschaft und im Bereich der gewerblichen Wirtschaft als Kredithilfe (Zinszuschuss) oder als Zuschuss, bei Privatgeschädigten als Zuschuss gewährt werden. Der Zinszuschuss kann landwirtschaftlichen Unternehmen ausnahmsweise in einer Summe gewährt werden.

9. Wird die Finanzhilfe als Zuschuss gewährt, soll sie in der Regel etwa ein Drittel der Kosten für die Behebung des Schadens nicht übersteigen. In Ausnahmefällen, insbesondere bei außergewöhnlich niedrigem Einkommen, kann ein Zuschuss bis zur Hälfte der festgestellten Schadenssumme bewilligt werden. Für die Gewährung von Zinszuschüssen gelten die vorstehenden Bestimmungen sinngemäß.

10. Der Gemeinderat stellt das jeweilige Schadensereignis, für das Finanzhilfen nach diesen Richtlinien gewährt werden sollen, fest, sobald es überschaubar ist. Die Feststellung wird ortsüblich bekannt gegeben.

11. Anträge auf kommunale Finanzhilfe bei Elementarschäden sind innerhalb von zwei Monaten nach der ortsüblichen Bekanntgabe der Feststellung gemäß Ziffer 10 bei der Gemeindeverwaltung einzureichen. Die Bewilligung der Finanzhilfe erfolgt im Benehmen mit dem Hauptausschuss.

12. Die geänderte Richtlinie tritt am 01.01.2002 in Kraft.

Heidesheim, den 30.10.2001

Karl-Werner Rump
(Ortsbürgermeister)